

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

05.09.2020 /19.20-19.50 Uhr
06.09.2020 /12.35-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Militärputsch in Mali - Kein „Weiter so“ für Bundeswehr-Ausbildungsmission?
- Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrages vor 30 Jahren - Mit weitreichenden Folgen bis heute
Interview mit Prof. Michael Staack, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr
- Hilflose Luftverteidigung? Lehren der Drohnenangriffe auf saudische Ölanlagen

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Und das sind unsere Themen:

- Militärputsch in Mali - Kein „Weiter so“ für Bundeswehr-Ausbildungsmission?
- Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrages vor 30 Jahren - Vereinbarung mit weitreichenden Folgen bis heute. Hierzu ein Interview. Und:
- Hilflose Luftverteidigung? Lehren nach den Drohnenangriffen auf saudische Ölanlagen

Zunächst also nach Mali. Seit mehreren Jahren versucht die internationale Staaten-Gemeinschaft, die Sicherheitslage in dem westafrikanischen Land zu verbessern – auch mit Soldaten. Mit dabei: knapp 1.000 Angehörige der Bundeswehr. Der UN-Einsatz MINUSMA und die EU-Ausbildungsmission sind jedoch keine Erfolgsgeschichten. Es gibt nicht mehr, sondern weniger Sicherheit. Terroranschläge haben zugenommen, obwohl bisher mehr als 15.000 malische

Soldaten von der Bundeswehr und anderen EU-Streitkräften ausgebildet worden sind. Und im vergangenen Monat ein weiterer Tiefpunkt: Das Militär stürzt den gewählten Präsidenten. Beteiligt an dem Putsch waren auch höhere Offiziere, mit denen die Bundeswehr bereits länger zu tun hatte, wie Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer offen einräumt:

O-Ton Kramp-Karrenbauer

„Dass einige der führenden Köpfe der Putschisten auch Ausbildung in Deutschland und sowohl auch in Frankreich genossen haben - das ist bekannt.“

Dabei preist die Bundeswehr das Konzept der Inneren Führung immer wieder als einen Exportschlager und Vorbild auch für andere Streitkräfte. Doch diese Führungsphilosophie, die Soldaten auf demokratische Werte verpflichten soll, ist offenbar bei den am Umsturz beteiligten malischen Offizieren auf keine Resonanz gestoßen. Es ist übrigens nicht das erste Mal, dass sich in Deutschland ausgebildete Offiziere aus Afrika am Umsturz von gewählten Regierungen beteiligt haben.

Der EU-Ausbildungsmission in Koulikoro unweit der malischen Hauptstadt ruht wegen der Corona-Krise bereits seit mehreren Monaten. Nur rund 50 Bundeswehr-Soldaten befinden sich vor Ort, kümmern sich – wie es heißt – um den Grundbetrieb. Wie es jetzt nach der Machtübernahme der Militärs weitergeht, ist offen.

O-Ton Kramp-Karrenbauer

„Der entscheidende Punkt für uns ist die Frage, ob aus diesem Putsch, den wir ja alle einhellig verurteilt haben, jetzt in einem schnellen Transmissions-Prozess die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung entsteht und damit eben auch eine gute Grundlage, um weiter zu arbeiten.“

Doch wann das sein wird, steht in den Sternen – und auch die Frage, was sich dann ändern würde. Es herrscht Ratlosigkeit.

Die bisherige Strategie ist jedenfalls gescheitert. Der gestürzte Staatspräsident Keita ist daran nicht ganz schuldlos. Der Chef der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Ekkehard Brose, mit einer späten Erkenntnis:

O-Ton Brose

„Eine Regierung, die sich der Umsetzung des Friedensabkommens nicht wirklich verpflichtet fühlt, internationale Missionen von EU und UN sowie eine französische Antiterroroperation ohne klaren gemeinsamen politischen Nenner. (...) Es bleibt eine krass in arm und reich gesplante Gesellschaft: Das ist der Stoff, aus dem gewaltsame Umstürze erwachsen - und das nicht nur in Mali.“

Keine guten Aussichten für die Sahelzone. Der sogenannte vernetzte Ansatz, also das Zusammenwirken von zivilen und militärischen Instrumenten, funktioniert nicht. Eine Erfahrung, die bereits in Afghanistan gemacht worden ist. In dem im Mai verabschiedeten Bundestagsmandat für Mali wurde die politische Ordnung in dem Land noch als „verhältnismäßig stabil“ bezeichnet. Weiter ist zu lesen, bei der EU-Ausbildungsmission sollten die Achtung von Menschenrechten und des humanitären Völkerrechts stärker in den Fokus rücken. Geplant ist zudem eine neue Ausbildungseinrichtung im Zentrum des Landes. Ob es dazu kommen wird, ist nach der Machtübernahme der Militärs aber ungewiss. Die Bundesregierung hat angekündigt, sechs Monate nach Beginn des neuen Mali-Mandats einen Zwischenbericht vorzulegen. In einigen Wochen ist es soweit. Man darf gespannt sein, welche Konsequenzen aus dem Militärputsch in Mali gezogen werden. Ein „Weiter so“ darf es jedenfalls nicht geben.

Zu einem ganz anderen Thema:

Vor 30 Jahren, am 12. September 1990, ist der sogenannte Zwei-plus-Vier-Vertrag unterzeichnet worden. Er hat den Weg freigemacht für die Deutsche Einheit. 2 plus 4 – damit sind die Vertragsparteien gemeint: die DDR und die Bundesrepublik sowie die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges – also die USA, Großbritannien, Frankreich und die damalige Sowjetunion. Zwischen dem Fall der Mauer und dem Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrages lagen keine 12 Monate. Normalerweise gehen schon bilateralen Verträgen lange und komplizierte Verhandlungen voraus.

Über das Abkommen habe ich mit Michael Staack gesprochen. Er ist Professor an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg und beschäftigt sich mit Fragen der internationalen Politik. Ich habe Professor Staack zunächst gefragt, ob es nicht erstaunlich ist, dass sich die Staaten beim Zwei-plus-Vier-Vertrag damals so schnell geeinigt haben:

Interview Andreas Flocken / Prof. Michael Staack

Staack: Das ist außergewöhnlich und auch im historischen Vergleich findet sich eigentlich keine Parallele. Wenn sie den Zeitraum noch stärker eingrenzen, dann ist eigentlich innerhalb von fünf Monaten, von der ersten Verhandlung im April 1990 bis zur letzten Verhandlung im September 1990 in Moskau, dieser Vertragsabschluss zwischen den sechs Partnern gelungen. Es ist schon bemerkenswert, dass in fünf Monaten ein Problem gelöst werden konnte, nämlich die sogenannte „deutsche Frage“, die vorher 45 Jahre lang die internationale Politik beschäftigt hat, ohne dass man zu Kompromissen gekommen ist.

Flocken: Die Struktur, die Nachkriegsordnung, befand sich damals in Auflösung. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren insbesondere in der damaligen Sowjetunion extrem schlecht. War das auch eine Chance für die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen und den Vertrag, der dann am 12. September 1990 unterzeichnet worden ist?

Staack: Das ist richtig. Das hat das ganz wesentlich gefördert, das ist eine Ursache. Die zweite Ursache ist natürlich, dass die Bevölkerung der DDR die Zweistaatlichkeit nicht mehr mitgemacht hätte. Die dritte Ursache liegt darin, dass die sowjetische Führung - speziell Gorbatschow und sein Außenminister Schewardnadse - bereit waren, die deutsche Einheit zuzugestehen. Es kam nur auf die Bedingungen an. Das heißt, all das zusammen und natürlich die Zustimmung zunächst der USA und dann Frankreichs und dann von Großbritannien - ganz zögerlich und das ganz zum Schluss dies noch mal in Frage gestellt hat - das waren eigentlich die Faktoren, die zu diesem Ergebnis geführt haben.

Flocken: Eine ganz zentrale Frage bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen war, ob das vereinigte Deutschland auch weiterhin der NATO angehören sollte und die Bundesrepublik weiterhin in der NATO bleiben konnte. Gorbatschow hatte damit dann aber kein Problem. Das war doch eine riesige Überraschung für alle.

Staack: Das war eine riesige Überraschung, mit der niemand gerechnet hatte. Aus den 1960er-Jahren gibt es Stellungnahmen des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer und auch des späteren amerikanischen Außenministers Henry Kissinger, die beide gesagt haben, es ist unvorstellbar, dass die deutsche Einheit sich in der NATO vollziehen wird. Die NATO wird dann immer überwunden werden. Davon ging auch die deutsche Politik aus. Bloß: die Situation im Jahre 1990 war dann anders. Je schneller der Prozess sich voranbewegt hat, desto weniger Zeit war da, um Zwischenlösungen zu finden, beispielsweise zum Aufbau eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems, beispielsweise zum Ausbau der KSZE. Und Gorbatschow hat dann relativ früh signalisiert, vielleicht war er sich auch aller Konsequenzen nicht sicher, dass er der NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands zustimmen würde. Das heißt ganz konkret: ein vereintes Deutschland, das die Freiheit der Bündniswahl haben sollte. Aber es war klar, dass dieses vereinte Deutschland dann weiterhin zur NATO gehören würde.

Flocken: Aber warum hatte Gorbatschow damit kein Problem? Das war ja ein Bruch mit der bisherigen Tradition russischer bzw. sowjetischer Politik.

Staack: Das ist richtig. Und auch seinen Außenminister Schewardnadse hat in diesen Zwei-plus-Vier-Verhandlungen noch mehrfach andere Vorschläge gemacht. Sie wurden allerdings nicht besonders ausgearbeitet und nicht besonders professionell. Es waren auch mehrere Vorschläge auf einmal. Gorbatschow hat sich eigentlich nie präzise zu seinen Motiven geäußert. Ich denke, sie lassen sich so zusammenfassen, dass er davon ausging, dass mit der Zustimmung der Sowjetunion zur deutschen NATO-Mitgliedschaft eine völlige Neudefinition des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und dem Westen erfolgen könne und die Frage der Militärbündnisse dann eigentlich gar nicht mehr so wichtig sein würde.

Flocken: Aber musste er nicht auch zu Hause in Moskau mit erheblichem Widerstand rechnen?

Staack: Die Widerstände hat es gegeben. Es ist auch so, dass letztlich der Zwei-plus-Vier-Vertrag im Obersten Sowjet der UdSSR mit vielen Gegenstimmen und Enthaltungen verabschiedet worden ist. Es gab erhebliche Widerstände, auch aus dem Außenministerium. Die Widerstände richteten sich nicht nur gegen die NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands an sich, sondern auch auf den Punkt, dass Gorbatschow eigentlich relativ wenig Gegenleistungen erzielt hat. Das heißt also, er hat mehr Versprechen mitgenommen als tatsächlich harte Zusagen seitens des Westens und seitens der Bundesrepublik Deutschland.

Flocken: Aber spielte bei Gorbatschow damals nicht auch die wirtschaftliche Situation der damaligen Sowjetunion eine Rolle? Moskau hatte sich ja sicherlich von der Zustimmung zur deutschen Einheit und zur NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands auch wirtschaftliche Hilfe in Milliardenhöhe erhofft. Und die hat er ja auch erhalten.

Staack: Na ja, viel weniger als er dachte. Und letztlich hat es dann ja auch nichts mehr genutzt, weil nicht nur die wirtschaftliche Lage schlecht war, sondern die Nationalitätenkonflikte aufgebrochen sind. Viele Unionsrepubliken wollten letztlich raus aus der Sowjetunion und so weiter. Letztlich ist, glaube ich, ein ganz wesentlicher Punkt, dass Gorbatschow auf der einen Seite - bei aller sehr positiven Sicht, die es in Deutschland auf ihn gibt - in großen Linien gedacht hat, aber nicht allzu strategisch bei der konkreten Umsetzung. Das heißt also, er hatte immer die großen Ziele im Kopf. Er hat aber eigentlich die konkreten Schritte vernachlässigt: Wie kommt man da nun hin? Und letztlich hat er deshalb relativ wenig erreicht.

Flocken: Aber hatte der Zwei-plus-Vier-Vertrag und die Zustimmung zur deutschen Einheit durch Gorbatschow nicht möglicherweise zum Ende der Sowjetunion beigetragen? Das werfen ihm doch Kritiker in Russland heutzutage vor.

Staack: Das glaube ich nicht. Ich denke, die Frage kann man klar verneinen. Es ist so, dass die Sowjetunion aus Prozessen der internen Dynamik auseinandergefallen ist. Und es ging ja nicht nur um Deutschland. Es ging ja auch

um den ganzen Warschauer Pakt, der immer mehr erodierte und so weiter. Letztlich war Gorbatschow so etwas wie ein Held des Rückzugs. Das heißt also, ihm blieb gar keine andere Alternative als der Rückzug. Er hat das aber auf sehr gesichtswahrende Art und Weise versucht. Er hat das Optimum nicht erzielt. Würden wir tatsächlich mal versuchen, eine alternative Rechnung zu präsentieren, so könnte man davon ausgehen, dass die Sowjetunion vielleicht den Prozess um einige Jahre verzögert hätte. Dann hätte sie aber noch stärker Schaden genommen und für sich und für ihre eigene Entwicklung kaum etwas gewonnen. Deshalb war das, was Gorbatschow getan hat, unter dem Strich wahrscheinlich doch richtig.

Flocken: Damals bei der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages hatte die Moskauer Führung auch die große Hoffnung auf neue kooperative Sicherheitsstrukturen in Europa. Auch im Westen gab es ja die Hoffnung auf eine ganz neue Sicherheitsordnung. Im November 1990, also nach dem Zwei-plus-Vier-Vertrag, gab es ja auch den KSZE Gipfel in Frankreich und die Charta von Paris. War denn der Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 auch so etwas wie ein ganz neues Kapitel für das Verhältnis von Ost und West, das damals aufgeschlagen worden ist?

Staack: Der damalige Außenminister Genscher, viele Vertreter der Sowjetunion, viele Reformpolitiker auch in den mittelosteuropäischen Staaten, zum Beispiel in der Tschechoslowakei, hatten sich das so gedacht. Nicht nur in Deutschland. In Deutschland - Ost und West - ist damals über ein neues gesamteuropäisches Sicherheitssystem nachgedacht worden. Es sind viele Vorschläge gemacht worden, auch vom deutschen Auswärtigen Amt, von der Regierung der DDR...

Flocken: ...es war ja auch vom europäischen, vom gemeinsamen europäischen Haus, das gebaut werden sollte, die Rede gewesen...

Staack: ...das ist die Vision von Gorbatschow gewesen. Es ist aber letztlich so, dass die Allianz der US-Administration mit Bundeskanzler Kohl und mit den Rahmenbedingungen der immer schwächer werdenden Sowjetunion diese

Vorstellungen an den Rand gedrückt hat. Aus heutiger Sicht ist das sehr bedauerlich.

Flocken: Und warum ist die Vorstellung von einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem an den Rand gedrückt worden?

Staack: Es ist an den Rand gedrückt worden, weil es den amerikanischen Interessen nicht entsprach. Für die USA war essenziell für ihre Zustimmung zur deutschen Einheit, dass die Bundesrepublik Deutschland, die vereinte Bundesrepublik Deutschland, Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und der NATO bleiben würde. Das geht hinaus über den Deutschlandvertrag aus dem Jahre 1955, in dem nur vorgesehen ist, dass ein vereintes Deutschland der europäischen Gemeinschaft angehören soll. Das heißt also, die USA wollten das Maximum. Sie wollten ein vereintes Deutschland in der NATO. Und deshalb hatten sie kein Interesse - und das haben sie zu jedem Zeitpunkt auch gezeigt - die Vorstellungen für ein wirklich neues gesamteuropäisches Sicherheitssystem auf der Basis der KSZE zu unterstützen und zu fördern.

Flocken: Ein Dauerstreitpunkt zwischen Moskau und den NATO-Staaten ist ja bis heute die NATO-Osterweiterung. Das heißt, die Nordatlantische Allianz hat einige Jahre nach der deutschen Einheit ehemalige Mitglieder des Warschauer Paktes in das Bündnis aufgenommen. Die einst so mächtige Sowjetunion hatte sich aufgelöst, Russland war jetzt der neue Akteur, nicht mehr die Sowjetunion. Und heute ist es noch immer so, was man oft zu hören bekommt, dass Moskau sich betrogen fühlt. In dem Zwei-plus-Vier-Vertrag findet sich aber überhaupt nichts über ein Verbot der NATO-Osterweiterung mit Blick auf eine Aufnahme anderer Staaten. War das aus Moskauer Sicht im Nachhinein nicht ein Fehler der russischen Seite, dass man das nicht verhandelt hat? Man hätte doch beispielsweise in dem Zwei-plus-Vier-Vertrag sagen können: Deutschland unterstützt keine NATO-Osterweiterung.

Staack: Das ist mit Sicherheit ein großer Fehler der Sowjetunion gewesen, aus ihrer Perspektive, das nicht zu verlangen. Zunächst ist es so: es gibt im Zwei-plus-Vier-Vertrag schon einen Anhaltspunkt. Es ist nämlich festgelegt, dass zwar die DDR zum Gebiet der NATO gehört, dass dort aber keine ständigen

Truppen von NATO-Verbündeten stationiert werden dürfen. Und es ist bis heute so, dass temporäre Verlegungen in das ehemalige DDR-Gebiet bei der russischen Botschaft angezeigt werden müssen und eine besondere Information erforderlich ist. Faktisch ist es aber so, dass im Sommer 1990 kaum jemand vorausgesehen hat, in welchem Tempo sich der Warschauer Pakt auflösen würde und dass Gorbatschow auch davon ausging, dass der Warschauer Pakt eben in anderer Form fortbestehen würde, dass es irgendwo in irgendeiner Form eine Kooperation geben würde. Deshalb war man nicht so weit, um auf diese NATO-Osterweiterung so zu blicken. Wenn wir uns die Zeitzeugenberichte angucken, so haben wir ein ziemlich einhelliges Urteil, auch aus deutscher Sicht, dass die Nicht-Erweiterung der NATO nach Osten eine ungeschriebene Geschäftsgrundlage der deutschen Vereinigung war. Das sagen nicht nur verschiedene Beteiligte, sondern das hat eigentlich auch ziemlich deutlich seit 1992 Hans-Dietrich Genscher gesagt. Bloß: wir wissen aus der Diplomatie und dem Völkerrecht: Ungeschriebene Absichtserklärungen sind gut, verbindlich sind sie in keiner Weise.

Flocken: Aber es wurde nicht schriftlich fixiert.

Staack: Es wurde nicht schriftlich fixiert, und es wurde von der Sowjetunion in dieser Form auch gar nicht gefordert. Es wurde immer nur geredet über die NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands. Es wurde aber nicht über die NATO-Erweiterung gesprochen. Sie war einfach nicht auf der Tagesordnung, und es wurde auch nicht darüber gesprochen, wie weit die denn gehen sollte. All diese Aspekte sind nicht besprochen worden.

Flocken: Aber hat denn die NATO-Osterweiterung nach der deutschen Einheit nicht möglicherweise zumindest gegen den Geist des Zwei-plus-Vier-Vertrages verstoßen? Denn die Intention war ja ursprünglich anders. Auch wenn man sich den Vertrag anguckt - Sie haben es bereits angesprochen. Im Zwei-plus-Vier Vertrag gibt es ja diese Bestimmung, dass ausländische Streitkräfte, also NATO-Truppen, nicht auf dem ehemaligen Gebiet der DDR stationiert werden dürfen. Das war zunächst erstmal eine Bestimmung, weil ja damals noch sowjetische Truppen oder später dann russische Truppen dort waren. Aber eigent-

lich bezieht sich das ja auch auf die Zeit danach. Das heißt, das könnte doch zumindest indirekt als ein Hinweis gesehen werden, dass sich die NATO nicht nach Osten ausdehnen sollte.

Staack: Ich stimme Ihnen völlig zu; bloß es ist eben nicht direkt niedergelegt worden. Und ich würde hier in der Tat auch einen Widerspruch sehen zum Geist dieses Vertrages. Man hat in den 1990er-Jahren zunächst versucht, einen Kompromiss zu finden. Es gab damals die Formel, die vor allem von Deutschland vertreten wurde - aber auch von Frankreich und anderen Staaten unterstützt wurde - dass die Erweiterung der NATO, die ab 1994 eingeleitet wurde, jeweils einhergehen müsste mit einer inhaltlich gleichgewichtigen Vertiefung der Partnerschaft zu Russland. Das führte dann zur NATO-Russland-Grundakte, zur NATO-Russland-Partnerschaft. Aber im neuen Jahrhundert und eigentlich schon früher im Kosovo-Krieg war davon eigentlich nicht mehr die Rede. Es ist keine gleichberechtigte Partnerschaft entstanden. Es ist auch nicht auf die Initiativen von Russland eingegangen worden, selbst der NATO beizutreten, sodass mit Sicherheit gegen den Geist des Zwei-plus-Vier-Vertrages in dieser Hinsicht verstoßen worden ist.

Flocken: Auch wenn es damals keine schriftliche Zusagen gegeben hat, dass die NATO nicht nach Osten ausgedehnt werden sollte, so ist doch diese NATO-Osterweiterung heute eine große Belastung für das Verhältnis zu Russland und hat dazu beigetragen, dass sich Russland nach wie vor bedroht fühlt - zumindest in der russischen Wahrnehmung. Insofern steht das möglicherweise im Widerspruch zum Geist des Zwei-plus-Vier-Vertrages.

Staack: Ja, die Frage oder die mangelnde Klärung der Einbeziehung Russlands in die gesamte europäische Sicherheitsarchitektur und die Frage der NATO-Osterweiterung sind eine der Ursachen, warum das Verhältnis zwischen dem Westen und Russland heute so schlecht ist. Wenn damals eine Lösung gefunden worden wäre, die eine wirklich gleichberechtigte Einbeziehung Russlands möglich gemacht hätte, dann hätte sich manches anders entwickeln können. Aus machtpolitischen Gründen wollten die USA und andere das nicht. Ich sehe das als eine sehr große verpasste Chance an, weshalb man auch sagen

kann: insgesamt ist die außenpolitische Einigung Deutschlands ganz gut gelungen, wenn auch an einzelnen Punkten selbstverständlich Kritik geübt werden kann. Aber die Einbettung der außenpolitischen Vereinigung Deutschlands in eine gesamteuropäische sicherheitspolitische Kooperation und Vereinigung ist nicht gelungen. Und daran haben wir heute schwer zu tragen.

Flocken: Hat die NATO damals im Zuge der deutschen Einheit die Schwäche der Sowjetunion ausgenutzt oder ist - wie man heutzutage manchmal auch hört - möglicherweise der Kreml über den Tisch gezogen worden?

Staack: Er hat sich selbst über den Tisch ziehen lassen. Hätte er andere konsequentere Positionen eingenommen, dann hätte es vielleicht noch Zugeständnisse gegeben. Das ist nicht der Fall gewesen. Insofern ist es richtig, und das hat Gorbatschow ja auch unterstrichen, dass er das damals nicht verlangt hat, zum Beispiel die Festschreibung der Forderung, die NATO nicht zu erweitern, und dass er es dementsprechend nicht erreichen konnte. Das heißt also, es liegt dort eine erhebliche Verantwortung auch bei der Sowjetunion selbst. Und das ist dann wiederum der Quell der von Ihnen schon erwähnten innerrussischen Kritik heute an Gorbatschow, der in der russischen Geschichte ja bisher nicht als sehr positive Figur dargestellt wird.

Flocken: Also hat Gorbatschow aus russischer Sicht bei der deutschen Einheit durchaus Fehler gemacht, wie er sich dort verhalten hat, zumindest außenpolitisch?

Staack: Jede Menge Fehler. Im Nachhinein fällt auf, dass der Apparat des Außenministeriums und der gesamte Berater-Apparat wahrscheinlich aufgrund seiner Zerstrittenheit eine relativ geringe Rolle gespielt hat und dass Gorbatschow und Schewardnadse dann oft freihändig agiert haben, was wahrscheinlich dazu geführt hat, dass viele Themen nicht so behandelt worden sind, wie es aus sowjetischer oder russischer Perspektive eigentlich zielführender gewesen wäre.

Flocken: Der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 wurde damals zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges und den beiden deutschen Staaten extrem schnell verhandelt. Wurden dabei möglicherweise nicht auch Fehler gemacht, kurz: hat der Zwei-plus-Vier-Vertrag möglicherweise Defizite, die man damals hätte besser verhandeln müssen?

Staack: Mit Sicherheit. Wir haben schon ausführlich über das Thema gesamteuropäische Sicherheit gesprochen. Ein anderes Thema, über das man ausführlicher hätte sprechen können, wären Abrüstungspolitische Regelungen gewesen, die noch weitergehender hätten sein können...

Flocken: ...obwohl Deutschland mit 370.000 Soldaten eine Obergrenze bekommen hat, was die Streitkräfte angeht...

Staack: Genau. Wobei heute niemand mehr von 370.000 spricht. Aber da wären sicherlich weitergehende Maßnahmen auch noch möglich gewesen. Aber die Hauptfehler sind wirklich gemacht worden in Bezug auf das sicherheitspolitische Umfeld, auf die gesamte europäische Sicherheitsarchitektur.

Flocken: Was hätte man da besser machen können?

Staack: Man hätte wirklich die KSZE zu einem funktionierenden gesamteuropäischen Sicherheitssystem ausbauen sollen, mit einem gesamteuropäischen Sicherheitsrat, mit eigenen Friedenstruppen, mit Aktionsfähigkeit in allen Bereichen.

Flocken: Aber das hätte doch das Ende der NATO bedeutet. Oder?

Staack: Hans-Dietrich Genscher hat damals von gesamteuropäischen Sicherheitsstrukturen gesprochen, die die Bündnisse überwölben würden, um sie dann zu ersetzen. Er hat genau das gesagt, was Sie in Ihrer Frage angedeutet haben.

Flocken: Also Auflösung der NATO?

Staack: Das stand zur Diskussion.

Flocken: Und das hat man dann doch nicht gemacht. Oder hat man sich nicht getraut, weil die Amerikaner das nicht wollten?

Staack: Die Amerikaner wollten es nicht. Jetzt muss man aber zur historischen Wahrheit sagen: die meisten Westeuropäer wollten es auch nicht, weil ihnen doch etwas ungeheuer war vor diesem sich vereinigenden Deutschland. Es war ein Vertrauensvorschuss da, aber man war sich nicht ganz sicher, ob man sich wirklich darauf verlassen konnte, dass dieses Deutschland eben vertrauenswürdig bleiben würde. Und dann war natürlich die NATO und die amerikanische Kontrolle das naheliegende Mittel, um Deutschland weiterhin einigen zu können.

* * *

Flocken

Professor Michael Staack von der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr über den Zwei-plus-Vier-Vertrag. Eine Langfassung des Interviews finden Sie auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Drohnen gehören inzwischen schon längst zur Standardausrüstung moderner Streitkräfte. Die unbemannten Luftfahrzeuge gibt es in den unterschiedlichsten Varianten: Im Arsenal sind Mini-Drohnen, aber auch Systeme mit einer Spannweite von fast 40 Metern – es gibt bewaffnete, aber auch unbewaffnete Versionen. Die Wirkung von Drohnen kann verheerend sein. Das musste vor einem Jahr Saudi-Arabien erfahren. Öl-Anlagen sind von mehreren Drohnen zusammen mit Marschflugkörpern angegriffen worden. Und obwohl die Einrichtungen durch moderne Flugabwehrsysteme geschützt wurden, konnte diese Attacke nicht abgewehrt werden. Die hochgerüstete saudische Luftverteidigung hat kläglich versagt. Ein Schock – auch für westliche Militärs, die ebenfalls über solche Abwehrsysteme verfügen. Über die Aufarbeitung und die Konsequenzen erfährt man in der Öffentlichkeit allerdings kaum etwas. Christan Wolf hat recherchiert.

Manuskript Christian Wolf

Der Angriff auf die größte Ölraffinerie der Welt in Saudi-Arabien am 14. September hat Experten und Militärs weltweit verblüfft. Mit relativ einfachen Mitteln wurde der weltweit größte Waffenimporteur attackiert und getroffen. Zu dem Angriff auf die zwei saudischen Öl-Anlagen bekannten sich die jemenitischen Huthi-Rebellen. Die USA machten allerdings den Iran für den komplexen Angriff verantwortlich. Die Auswirkungen damals waren global – kurzfristig stieg der Rohölpreis um bis zu 20 Prozent. Oberstleutnant Gerd Esendorfer ist Experte für unbemannte Systeme am German Institute for Defence and Strategic Studies GIDS in Hamburg – dem Think Tank der Bundeswehr. Er war über die Attacke vor einem Jahr ebenfalls überrascht.

O-Ton Esendorfer

„Das hat auf jeden Fall für Erstaunen gesorgt. Das hat gezeigt, wie weit die Proliferation dieser Waffen fortgeschritten ist. Und es hat aber auch auf der anderen Seite gezeigt, möchte ich mal sagen, dass man sich gegen derlei Dinge schon in sehr naher Zukunft erwehren können sollte.“

Wie aber konnten Anlagen angegriffen werden, die unter anderem von hochmodernen Patriot-Abwehrraketen geschützt worden sind? Ein Erklärungsversuch von Frank Sauer – Dozent an der Universität der Bundeswehr in München.

O-Ton Sauer

„Ich vermute, dass die Patriot-Systeme, die Saudi-Arabien dort stationiert hat, mit Blick auf die Radar-Ausstattung, über die diese verfügen, gar nicht in der Lage gewesen wären, überhaupt verlässlich diese angreifenden Drohnen zu erkennen. Man kann den Angriff als eine Art Mischung aus Drohne und Marschflugkörper bezeichnen. Die haben sich ja selbst ins Ziel gestürzt. Normalerweise kehrt eine Drohne ja zurück. So wie ich das verfolge hat erst 2017 in diesem Bereich Patriot das Nachdenken angefangen mit Blick auf neue Radarsysteme, die auch kleinere und niedriger fliegende Ziele erfassen können.“

Denn das Patriot-System ist grundsätzlich darauf ausgelegt, hochfliegende und vor allem große Ziele zu bekämpfen - also Raketen, Flugzeuge oder eben größere unbemannte Systeme. Entsprechend sorgt das Thema Drohnen für Unruhe. So beschäftigen sich beispielsweise die USA seit rund fünf Jahren mit dem Thema. Das US-Militär fürchtet zum ersten Mal seit langem, die Lufthoheit zu verlieren, glaubt Frank Sauer.

O-Ton Sauer

„Die US-Landstreitkräfte sind es eigentlich gewohnt, zum Einsatz zu kommen in einem Szenario, in denen die Lufthoheit auf Seiten der USA besteht. Und es waren dann die Erfahrungen im Kampf gegen den Islamischen Staat beispielsweise, wo es ganz schockierende Videos zu sehen gibt. Wo es also dem islamischen Staat gelungen ist, tatsächlich mit solchen super simplen Baumarkt-Helikoptern für 200, 300 Dollar, kleine Granaten aus der Luft in die geöffneten Luken von Panzern zu werfen.“

Seit diesen Angriffen forscht nicht nur das US-Militär, wie eine Verteidigung gegen Drohnen künftig aussehen könnte. Auch die Bundeswehr mache sich intensiv Gedanken, sagt Frank Sauer. So gibt es beispielsweise das Nächstbereich-Schutzsystem MANTIS. Allerdings ist es nicht mobil, da es für die Verteidigung von Feldlagern gedacht ist.

O-Ton Sauer

„MANTIS erfasst diese Ziele und schießt mit einer Schnellfeuer-Kanone so eine spezielle Splittermunition, die sich zerlegt, und die zerstört dann physisch dieses Ziel. Jetzt gibt es alle möglichen Ideen, wie man das für das Heer nutzt. Denn man muss wissen, seit 2012 gibt es keine Heeresflugabwehr mehr. Die wurde abgeschafft. Die übrigen Fähigkeiten wurden in die Luftwaffe integriert und jetzt gibt es in Deutschland also auch wieder die Diskussion: wir brauchen eigentlich eine Heeres-Flugabwehr, sprich wir brauchen mobile Systeme, die Drohnen abwehren können.“

Der deutsche Rüstungs-Hersteller Rheinmetall Defence setzt bei der Drohnen-Abwehr nicht nur auf *ein* System, sondern auf weitere eigene Produkte. In einem Papier des Unternehmens heißt es – Zitat:

Zitat Rheinmetall

„Zur wirkungsvollen Abwehr von Drohnen braucht es einen Mix verschiedener Sensoren, wie zum Beispiel Radar, elektro-optische Sensoren, Funkpeiler etc. Wenn es um die Bekämpfung kleiner Drohnen geht, sind Geschütze wie Skyshield von Rheinmetall, die sogenannte Air Burst Munition verwenden, sehr wirkungsvoll. Dies sind Geschosse, die nach vorgegebener Flugzeit in Partikel zerfallen und das gegnerische Flugobjekt durch eine Wolke kleiner Metallteile zerstören, also wie eine Schrotladung. Zukünftig sollen auch Hochenergie-Laser gegen Drohnen eingesetzt werden.“

Seitdem es Kleinst-Drohnen gibt, tauchen diese immer wieder in der Nähe von Flughäfen auf und gefährden so den Flugverkehr. Der Hamburger Flughafen setzt auf das Projekt „Falke“. Das System befindet sich in der Entwicklung und soll Drohnen erkennen, mit ihnen kommunizieren oder zur Not zum Absturz

bringen. Derzeit laufen die Abstimmungen zwischen Flugsicherung, dem Hamburger Flughafen, der Bundespolizei und dem Bundesverkehrsministerium. An dem Projekt beteiligt sind unter anderem die Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr und die Deutsche Lufthansa. Es wird vom Verkehrsministerium mit 2,1 Millionen Euro gefördert. Schon jetzt können Drohnen beispielsweise mit Hilfe elektromagnetischer Wellen gestört und so zur Landung gezwungen werden. Die Polizei setzt dabei auf verschiedene Systeme. Eine Variante, die aus Sicht von Oberstleutnant Gerd Esendorfer vom Hamburger Bundeswehr-Think Tank GIDS aber nicht für das Militär in Frage kommt.

O-Ton Esendorfer

„Man darf dabei niemanden verletzen und die Polizei möchte auch gerne immer das Drohnenobjekt möglichst im Ganzen hinterher für die forensische Untersuchung zur Verfügung haben. Das würde beim Militär wegfallen. Wir haben dann auch die Möglichkeit zu sagen, dass, wenn wir bedroht werden, dann könnten wir so etwas abschießen.“

Für neue und moderne Systeme ist es offenbar grundsätzlich möglich, erkannte tieffliegende Drohne abzuwehren. Aber wie sieht es mit dem Aufspüren und Erkennen von unbemannten Systemen aus? Auch da scheint es viele Möglichkeiten zu geben. Frank Sauer – Dozent an der Universität der Bundeswehr in München.

O-Ton Sauer

„Also man kann die Systeme mit Radar detektieren, aber es ist glücklicherweise auch so, dass Radar nicht das einzige ist, worauf man sich verlassen muss. Man kann auch visuell aufklären und man kann über das Geräusch der Drohnen aufklären. Die Antidrohnen-Systeme, die im zivilen Bereich eingesetzt werden - an Flughäfen oder an anderen sensiblen Einrichtungen oder aber auch zum Beispiel Firmen - die besorgen sich solche Systeme, weil sie Industriespionage befürchten“

Nicht nur aus Sicht des deutschen Rüstungsherstellers Rheinmetall spielen Drohnen auf dem Gefechtsfeld der Zukunft eine wichtige Rolle. Unbemannte Systeme würden zunehmend an Bedeutung gewinnen. – Zitat:

Zitat Rheinmetall

„Rein militärische Entwicklungen gehen dazu über, kleinere hochmobile Drohnen mit abstandsfähigen Waffen auszustatten, zum Beispiel Luft-Boden-Flugkörper. Durch solche Drohnen wird sich der Einsatz von Bodentruppen

zukünftig erheblich verändern. Bodentruppen müssen ständig damit rechnen, durch Drohnen angegriffen oder frühzeitig aufgeklärt zu werden. Wie bereits bei diversen Ereignissen zu sehen war, lassen sich Drohnen selbst für zivile Zwecke in Schwärmen einsetzen. Zukünftig müssen wir daher erwarten, dass militärische Drohnenschwärme nicht nur ferngesteuert, sondern auch autonom operieren, sich selbst koordinieren und den vorgegebenen Auftrag weitgehend selbstständig durchführen werden.“

Der Konfliktforscher Götz Neuneck hat jahrelang am Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik gearbeitet und ist dort noch immer als Senior Research Fellow tätig. Er verfolgt bei der Abwehr von Drohnen einen völlig anderen Weg.

O-Ton Neuneck

„Ein offensiver Gegner kann immer in diesem Falle mittels technologischer Entwicklung, defensiv aufgestellte Abwehr umgehen oder überraschen. Diese Möglichkeit gibt es immer. Deswegen ist eigentlich die Schlussfolgerung, dass man sich auf Raketenabwehr allein nicht verlassen kann. Man braucht eigentlich eine Diplomatie, die diese Probleme löst, nicht eine Verteidigung, die erst im letzten Moment zeigt, dass sie dann doch noch nicht mal funktioniert.“

Aus Sicht von Götz Neuneck sind daher die Lehren aus dem Angriff auf die saudischen Ölanlagen, den zugrunde liegenden Konflikt politisch zu lösen und nicht allein auf eine Optimierung und Verbesserung der Abwehrsysteme zu setzen. In der Golf-Region sind solche diplomatischen Initiativen allerdings weiterhin nicht in Sicht.

* * *

Flocken

Soweit Christian Wolf.

Das war's für heute. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen – in der ARD-Audiothek oder unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.